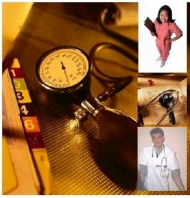


"Giving thanks always for all things
unto GOD and the Father in the
name of our LORD JESUS CHRIST".
Ephesians 5:20



Andreas Klamm

[Andrew Klamm]

Krankenpfleger
Rettungsmitarbeiter
Journalist

nurse (RN)
paramedic (EMS)
journalist (D.o.G.)

Andreas Klamm – Schillerstr. 31 – D 67141 Neuhofen

Einschreiben

Herrn

Ministerpräsident Kurt Beck

Vorsitzender der SPD

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Peter-Altmeier-Allee1

D 55116 Mainz

Deutschland

Tel. 0 162 375 330 0

Tel. 0 6236 416 802

Schillerstr. 31

D 67141 Neuhofen

Deutschland

Email: andreasklamm@ifnd734.org

31. Dezember 2006

Herr SPD-Parteivorsitzender Kurt Beck – BITTE engagieren Sie sich zur Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland

E I L A N T R A G und dringende BITTE um Hilfe-Leistung

Sehr geehrter Herr SPD-Parteivorsitzender Kurt Beck !

Heute muss ich Ihnen leider in Ihrer Eigenschaft als Parteivorsitzender der SPD und als Kanzler-Kandidaten schreiben, mit der **BITTE in einem EIL-ANTRAG, sich für die Einhaltung der Grundrechte nach dem Grundgesetz und der Menschenrechte nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Deutschland einzusetzen.**

Wie Ihnen hinreichend bekannt, bin ich seit 1984 als Journalist und freier Film-Produzent und zudem seit 1993 als staatlich examinierter Gesundheits- & Krankenpfleger tätig, da ich die Tätigkeit als Journalist bei nicht ausreichender oder zum Teil auch ohne Bezahlung ausüben muss, kann und darf.

Wie Ihnen ebenso hinreichend bekannt, bin ich chronisch krank, behindert und mit schwerbehinderten Menschen gleichgestellt.

Dennoch will und kann ich mit gesundheitlichen Einschränkungen, leider nicht mehr in allen Bereichen arbeiten, gleich ob in Deutschland, England oder in den USA.

So hat es mich im Dezember reichlich verwundert, als die AOK Mannheim, bei der ich seit Jahren immer wieder, meist in befristeten Arbeitsverhältnissen in Vollzeit beschäftigt bin, mir telefonisch im Beisein meiner Vorgesetzten mitteilte, dass die AOK erst prüfen müsse, ob für mich in einer befristeten Tätigkeit in einer Vollzeit-Beschäftigung ein Versicherungs-Verhältnis entsteht, obgleich ich Steuern, Renten- Arbeitslosen-Kranken- und Sozial-Versicherung bezahle.

Diese Frage konnte DANK des persönlichen Einsatzes meiner Vorgesetzten bei der AOK geklärt werden und ich erhielt noch am Mittag des 20. Dezembers ein FAX mit der Versicherungs-Bescheinigung, die offenbar sehr wichtige Angaben nicht enthält: a) Versicherungsnummer b) Gültigkeit des Zeitraums der Versicherung.

IFN International Family Network d734, christian charity ministry

Andreas Klamm, Journalist, Gesundheits- & Krankenpfleger, Schillerstr. 31, D 67141 Neuhofen, Deutschland, Tel. 0 162 375 33 00,

email: redaktion@ifnd734.org, andreasklamm@hotmail.com,

Internet: www.ifnd734.org, www.ifnd734.de, www.ifntelelevision.org

„So lasst uns nun, wo wir Gelegenheit haben, an jedermann Gutes tun, besonders aber an den Hausgenossen des Glaubens“.

Galater 6:10, Die Bibel, Neues Testament [Übersetzung nach Franz Eugen Schlachter]

Am Freitagnachmittag, 29. Dezember 2006, suchte ich meine Hausärztin Frau Dr. O, Limburgerhof auf. Deren Arzthelferin, informiert mich, dass mit einer solchen Versicherungs-Bescheinigung der AOK Mannheim keine ärztliche Versorgung möglich ist, weil a) die Versicherten-Nummer b) der Zeitraum der Gültigkeit der Versicherung fehlt und c) die Krankenkasse mir bis heute immer noch nicht einen Abrechnungsschein zugesandt hat, der ebenso notwendig sei, für eine ärztliche Behandlung. Der AOK habe ich bereits am 20. Dezember 2006 mitgeteilt, dass ich einer ärztlichen Behandlung aufgrund der chronisch-persistierenden Hepatitis-C und anderen Gründen benötige (chronisch persistierende Hepatitis-C, Gon- und Cox-Arthrose, Bluthochdruck, Allergien, Asthma bronchiale, Verdacht auf Phäochromozytom).

Ähnliche Probleme habe es bereits im Mai gegeben, offenbar in der Abrechnung mit der AOK Mannheim. Damals war ich ebenso in Vollzeit für das gleiche Zeitarbeits-Unternehmen als Gesundheits- & Krankenpfleger tätig.

Daher bitte ich diese Reform zu überprüfen, weil diese Menschen in schwerste Notlagen treibt. Meiner Überzeugung, müssen auch chronisch kranke, behinderte und schwerbehinderte Menschen, die Vollzeit, wenn auch in einer zeitlich befristeten Tätigkeit, Steuern, alle Sozialabgaben, wie Arbeitslosen- Renten- Kranken- und Sozialversicherung bezahlen, einen Anspruch auf ärztliche Versorgung in Deutschland haben. Bitte setzen Sie sich hierfür ein.

Zudem bitte ich Sie heute in meinem neuen Eil-Antrag sich auch für die Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland und gegen die Diskriminierung von chronisch kranken, behinderten und schwerbehinderten Menschen in Deutschland zu engagieren.

Es fällt mir sehr schwer anzunehmen, dass solche Ereignisse, wie diese im Wiederholungsfall **nun DANK der AOK Mannheim entstehen**, im Sinne Ihrer sozial-demokratischen Politik oder im Sinne der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein können.

Da mir eine ärztliche Versorgung trotz akuten Problemen und Notlage am 29. Dezember 2006 verweigert wurde, habe ich mich vertrauensvoll per Einschreiben an das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziales gewandt. Leider erfolgte keine Reaktion.

Da die AOK Mannheim eine gesetzliche und damit staatliche Krankenkasse ist, bin ich damit offenbar gezwungen, mich in einer Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland und einer jetzt möglichen Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland zu wenden. Dies insbesondere deshalb, weil ich ja als wehrpflichtiger Soldat in einem öffentlichen Gelöbnis die Verteidigung auch der demokratischen Grundwerte nach dem Grundgesetz der BR Deutschland gelobt habe. Das beinhaltet meiner Überzeugung nach, selbstverständlich auch die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland. Denn nur in barbarischen Diktaturen, die heute in anderen Ländern zum Teil herrschen und in Deutschland 1933 bis 1945 herrschten, werden die Grundrechte und Menschenrechte von Menschen mit Vorsatz verletzt.

Soweit ich Sie kennen lernen durfte, auch bei dem ein oder anderen Interview, werter Herr SPD-Partei-Vorsitzender Kurt Beck, sind Sie ebenso wenig ein Freund von Nazis, wie ich. Dies kann ich nicht sein, weil ich ja ein Gelöbnis ablegte und mein Grossvater, zudem Offizier in der Französischen Armee, 1945 in Kaiserlautern stationiert, war und aus Tunis (Tunesien) stammt.

Damit dürfte wohl klar sein, dass ich mich weder für nationalsozialistische Ideologien einsetzen kann, noch diese zulassen kann, da ich ein Gelöbnis zur Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung öffentlich als wehrpflichtiger Soldat leistete.

Zudem wurde es ja auch mehrfach öffentlich bekannt, dass ich mich für die Einhaltung von Menschenrechten engagiere, sonst hätte ich wohl kaum ein Interview mit Isabell Basterra (DGB / UN – Verbindungen) gedreht, die vor laufender Kamera, die Menschenrechts-Verletzungen der Bundesrepublik Deutschland sehr stark kritisierte. Wenn Sie die Petitionen im Deutschen Bundestag überprüfen und zum Teil internationale Listen von Menschenrechts-Organisationen, die sich für Menschen engagieren, die in Nordkorea, Kuba und China in Folter gehalten werden, leider auch Journalisten-Kollegen, werden Sie unter mehreren tausend Unterschriften auch meinen Namen schon mal öfters finden, weil ich mich auch als Journalist verpflichtet sehe, mich für die Einhaltung der Menschenrechte auch in dieser Welt einzusetzen.

Dieses Recht wird mir nach dem Grundgesetz und anderen Gesetzen und der Menschenrechte auch garantiert.

Eine Beschwerde musste ich beim EU-Menschenrechtskommissar in Strasbourg / Frankreich bereits einreichen, wenn ich auch wenig Chancen auf Erfolg sehe, da Deutschland ab dem 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Dies vor allem deshalb, weil mein Arbeitsverhältnis am 31. Dezember 2006 endet und aufgrund der Verweigerung der ärztlichen Versorgung meine Arbeitsfähigkeit als Gesundheits- & Krankenpfleger nicht wieder vollständig hergestellt werden konnte.

GOTT SEI DANK, bin ich Gesundheits- & Krankenpfleger und Rettungssanitäter, so dass es mir möglich ist, in einigen gesundheitlichen Bereichen auch selbst an mir „zu basteln“, bzw. eine eigene Therapie, wenn auch nur notdürftig auf die Beine zu stellen. Allerdings und dazu sind noch nicht einmal deutsche Ärzte in der Lage, ist es mir nicht möglich, Operationen in einer Vollnarkose selbst an mir durchzuführen. Damit würde ich zudem auch alle meine Kompetenzen als Gesundheits- & Krankenpfleger überschreiten. Zwar habe ich schon ein Ausbildungs-Video gesehen, in dem sich ein Arzt wahrlich selbst intubiert (den Tubus ohne Sedativa und ohne Narkotika / Beatmungs-„Schlauch“), doch das kann man selbst von einer Krankenschwester oder einem Krankenpfleger in Deutschland nicht erwarten, da meiner Überzeugung nach für solche Aktionen mindestens ein Medizin-Studium Voraussetzung ist. Zudem ging hier nur um einen Studien-Versuch.

Wie Ihnen auch hinreichend bekannt, bin ich nach dem Scheitern meines Gewerbebetriebes und weiteren Gründen leider insolvent und damit zahlungsunfähig, so dass ich zur Wahrung meiner Rechte, auch der Einhaltung der Grundrechte und der Menschenrechte leider noch keinen Anwalt beauftragen, noch bezahlen kann.

Zahlreiche Anfragen bei privaten Krankenversicherungen wurde alle samt abgelehnt, weil ich zu krank sei, was leider ja auch stimmt, sonst wäre ich wohl kaum behindert und mit schwerbehinderten Menschen gleichgestellt.

Daher bitte ich dringend zu prüfen, ob mir nicht ein Pflicht-Verteidiger zur Verfügung gestellt werden kann. Mein Antrag auf Prozesskosten-Beihilfe wurde leider abgelehnt.

Weshalb sehe ich meine Menschenrechte verletzt ?

Begründung

Menschenrechte, Artikel 25;

1. **Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.**

Die Arzthelferin teilte mir mündlich mit, die AOK wisse, welche Daten auf einer Versicherungs-Bescheinigung (siehe Internet: <http://www.ifnd734news.org/sozialfragen/AOK-Mannheim-001.pdf>) stehen müssen und dass der AOK sehr wohl bekannt ist, dass ich zur ärztlichen Versorgung einen Abrechnungsschein benötige.

Daher sehe ich das Problem einzig und allein durch die AOK Mannheim herbeigeführt und daher befinde ich mich unverschuldet, jetzt erneut in einer schweren Notlage.

Mir wurde die ärztliche Versorgung verweigert, obgleich ich in einer Vollzeit-Beschäftigung arbeitete und Sozialversicherungen und Steuern bezahlte.

Dies kann ich leider nur noch als schwere Verletzung meiner Menschenrechte werten. Besonders hart trifft mich dies, weil der AOK hinreichend bekannt ist, dass ich chronisch krank, behindert und schwerbehinderten Menschen gleichgestellt bin.

Faktisch bedeutet dies, dass ich jetzt auch noch bestraft werde, weil ich als chronisch kranker, behinderter und mit Schwerbehinderten gleichgestellter Mensch dem Staat helfe und arbeite, statt um Almosen in schwerer Notlage zu betteln.

Nach **Artikel 5, Menschenrechte**, besteht ein **weitere Verletzung der Menschenrechte**. Durch die nicht ausreichende Versorgung entstehen **nicht notwendige gesundheitliche weitere Schmerzen und Schäden.** „**Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.**“

Dies ist auch in Deutschland verboten.

Grundgesetz Deutschland:

Artikel1

[Menschenwürde; Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt]

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Leider muss ich inzwischen meine Menschenwürde als verletzt betrachten, da ich arbeitete, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlte und mir eine ärztliche Versorgung als chronisch kranker, behindert und schwerbehinderter Menschen verweigert wurde.

Artikel

2

[Allgemeine Handlungsfreiheit; Freiheit der Person; Recht auf Leben]

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden

Leider wird mit solchen nicht verstehbaren Maßnahmen auch mein Recht auf Leben und das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach dem Grundgesetz der BR Deutschland verletzt, da mir am 29. Dezember 2006, die ärztliche Versorgung auch in einer Akutlage verweigert wurde.

Artikel

3

[Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung von Männern und Frauen; Diskriminierungsverbote]

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen

benachteiligt oder bevorzugt werden. **Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.**

Leider kann ich die Vorgänge nur noch als grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung und als Diskriminierung werten.

Werter SPD-Partei-Vorsitzender Kurt Beck, mein Vertrauen in Deutschland ist nachhaltig gestört durch solche und ähnliche Vorgänge auch als ehemaliger Mitarbeiter im Staats-Dienst, als Journalist, als Gesundheits- & Krankenpfleger und als Rettungssanitäter, der auch seine Verantwortung kennt, sich für schwache, arme, kranke, behinderte Menschen in Not, selbst als chronisch kranker, behinderter und schwerbehinderter Mensch einzusetzen.

Doch als Bürger dieses Landes kann ich nicht schweigen, wenn Grundrechte nach dem Grundgesetz oder internationale Menschenrechte verletzt werden. Dies hätten meine großen Vorbilder, Martin Luther und Martin Luther King auch nicht getan und das können Sie insbesondere von mir als Journalist, der zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und als „Staatsbürger in Uniform“ ein Gelöbnis leistete, nicht erwarten.

Bitte verstehen Sie doch, ich habe nicht das geringste Interesse gegen Deutschland eine Klage zu führen. Doch dies scheinen offenbar die gesetzlich vorgegebenen letzten Mittel zu sein, um auch für die Einhaltung von Grundrechten und Menschenrechte und für ein gerechteres Deutschland sich zu engagieren.

Werter SPD-Partei-Vorsitzender Kurt Beck, da Sie ja auch katholischer Christ sind, bitte ich Sie, wenn auch ich ein Gläubiger in der evangelischen Kirche bin und Journalist, gemeinsam für die Einhaltung von Grundrechten und Menschenrechten in Deutschland einzutreten.

Doch auch hier geht es nicht um die Frage, welcher Konfession wir angehören, hier geht es um die Glaubensfrage, ist die Einhaltung von Grundrechten und Menschenrechte in Deutschland noch gewährleistet?

Werden die Rechte auch von ohnehin benachteiligten Menschen, wie eben chronisch kranke, behindert und schwerbehinderte Menschen nicht zu sehr beschnitten.

Trotz befristeter Vollzeit-Beschäftigung die Verweigerung der ärztlichen Versorgung. Das ist meinem Empfinden nach nicht mehr gerecht !

Daher bitte ich Sie für eine gerechteres Deutschland sich einzusetzen. Die Menschen in diesem Land werden es Ihnen heute oder später danken.

Es darf nicht nur ein Traum sein, wie Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder in Heidelberg vor mehr als 8.000 Menschen in seiner Rede sprach, dass der „braune Sumpf“ in Deutschland nicht wieder an die Macht gelangen darf.

Sie kennen die Geschichte des Nazi-Terrors. Mit Einschüchterung, mit schlimmen Terror wurden die Menschen in ihren Grundrechten und Menschenrechten auf das Schwerste verletzt. Die Zeit des Nazi-Terrors in Deutschland sollte seit 1945 zu Ende sein. Damals kapitulierte Deutschland und das war gut so.

Auch ich kenne Kolleginnen, deren Gross-Väter vom Nazi-Terror-Regime inhaftiert wurden, weil diese als Genossen in der SPD engagiert waren. Der Einsatz gegen Willkür, auch staatliche Willkür, die Verletzung von Menschenrechten, der Grundrechte verbindet uns.

Daher bitte ich Sie sich einzusetzen, dass die Verletzung der Grundrechte und der Menschenrechte gegen meine Person, gleich aus welchen Gründen auch immer unverzüglich eingestellt werden und dass mir ermöglicht wird, bei einem durch mich wählbaren Arzt meines Vertrauens Hilfe zu finden.

Zudem bedauere ich sehr, dass ich jetzt erneut eine weitere Notlage ab 1. Januar 2007 erfahren muss, weil ich ohne Arbeitsplatz keine Krankenversicherung mehr haben werde. Doch wie Ihnen auch bekannt, muss ich noch zahlreiche Dinge in Deutschland erledigen und plane aus Deutschland inzwischen auch aus sozial-politischen Gründen auszuwandern.

Nach mehr als 800 Bewerbungen in Deutschland, habe ich ganz wenig Hoffnung, dass es mir künftig in Deutschland möglich sein wird, als chronisch kranker, behinderter und schwerbehinderter Mensch mit hauptsächlich schweren körperlichen Beeinträchtigungen in Deutschland ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Größere Chance sehe ich in Großbritannien und wesentlich bessere Chance in Amerika.

Doch keine Angst, geboren wurde ich ja in Deutschland und daher werde ich mich etwa auch beim Fest für arme Menschen in Ludwigshafen am Rhein, das am 22. Dezember 2007 stattfindet, wieder engagieren und zuvor engagieren, damit es Menschen in schwerster Not in Deutschland wieder besser gehen kann.

Werter SPD-Parteivorsitzender Kurt Beck: Ihnen als Vorsitzender der SPD, der sozial-demokratischen Partei Deutschland traue ich zu, dass Sie sich für ein menschenwürdigeres Leben von Menschen in Deutschland erfolgreich einsetzen können. Daher DANKE ich Ihnen herzlichst für den Vorschlag, die Reformen etwas zu lockern und zu bremsen.

Doch heute muss ich Sie bitten, schnellstmöglich, einige Institutionen zu bitten, die Menschenrechte und die Grundrechte in Deutschland auch gegenüber chronisch kranken, behinderten und schwerbehinderten Menschen einzuhalten.

Wenn ich mein Grundrecht und Menschenrecht auf eine ärztliche Versorgung auch als Vollzeit-Beschäftigter für ein Zeitarbeits-Unternehmen in befristeter Anstellung in Deutschland wieder wahrnehmen darf, bin ich gerne bereit, eine möglicherweise in einem Eil-Antrag eingereichte Klage beim europäischen Gerichtshof gegen die Bundesrepublik Deutschland zurück zu ziehen.

In allen weiteren Angelegenheiten und Fragen werde ich ohne die Vertretung eines Rechtsanwaltes, der meine nach dem Grundgesetz gewährten Grundrechte, Menschenrechte und weitere Anliegen verteidigt, leider nicht oder doch nur sehr stark eingeschränkt tätig werden können. Mein Vertrauen in Deutschland ist leider sehr enttäuscht und durch solche Aktionen im Wiederholungsfall gestört. Leider habe ich derzeit kein Vertrauen mehr in den deutschen Staat.

Dabei ist mir klar, dass es das Gute und das Böse in Deutschland gibt und daher bitte ich Sie, dass wir beide uns für das Gute, die Grundrechte und die Menschenrechte in Deutschland einsetzen. Ihnen als Politiker stehen im Gegensatz zu mir als chronisch kranken und behinderten Journalisten ja alle Wege offen.

Doch ein Engagement für das Gute, darf nicht abhängig sein von dem was im Geldbeutel ist, weil sonst nach dem Grundgesetz die Gleichheit der Person ja auch wieder in Frage gestellt ist.

Auch armen Menschen, Pflegefachkräften, Journalisten und anderen Berufsgruppen in Deutschland muss es möglich sein sich wirkungsvoll für das Gute in Deutschland für ein gerechteres Deutschland einsetzen zu können.

Ihnen als sozialdemokratischen Politiker traue ich zu, als Schlichter und Mittler, in diesem nicht durch mich herbeigeführten Konflikt friedensstiftend Hilfe zu leisten. DANKE !

Leider ist es mir nur möglich eine Verantwortung im Kleinen zu übernehmen. Doch diese will ich gerne, so gut und wirkungsvoll, wie möglich übernehmen, damit es Menschen in großer und schwerer Not in diesem Land wieder besser gehen kann.

Meine Möglichkeiten sind leider durch schwerste Armut und schwere gesundheitliche Beeinträchtigung limitiert.

Doch Ihnen, werter Kurt Beck, stehen alle Wege offen, sich für die Menschen und Ihre künftigen Wähler in Deutschland zu engagieren und diesen Menschen wieder mehr reale Hoffnung zu schenken, vielleicht auch im Sinne des Verständnis der christlich-biblischen Nächstenliebe.

Every little helps, würde man vielleicht in England sagen, was in deutscher Sprache wohl damit übersetzt werden könnte, jede noch so kleine gute Tat in der aufrichtigen Liebe für den Nächsten ist eine gute Tat.

Bei diesem Schreiben handelt es sich um einen öffentlichen Appell, welches Sie bei www.ifnd734news.org/sozialfragen abrufen können.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich einen guten Start in das neue Jahr und ein gutes, glückliches, erfolgreiches und gesundes NEUES JAHR im Sinne des Engagements für benachteiligte Menschen und für ein gerechteres Deutschland !

Vielen Dank für Ihre Hilfe und vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichem Gruß und einem freundlichen Shalom !

gez.

Andreas Klamm

Gesundheits- & Krankenpfleger, Journalist
Herausgeber & Redaktionsleitung von

www.3mnewswire.org

British Newsflash Magazine

www.britishnewsflash.co.uk

Gründer der Aktion „Menschen-pro-Arbeit – wir wollen arbeiten...“ www.ifnd734news.org/menschen-pro-arbeit

www.ifn734news.org/sozialfragen

Bibel im Internet: www.ifnd734.de/biblegerman (Elberfelder / Luther Version)